

(Abgeordneter Dr. Barge.)

(A) Von unserem Standpunkte möchten wir aber einen Gesichtspunkt geltend machen. Das Ergebnis der Verhandlungen darf nicht als eine schwächliche Nachgiebigkeit ausgelegt werden. So hat den Willen zur Nachgiebigkeit nämlich gleich der Herr Abgeordnete Ryffel gedeutet. Das möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gradnauer noch mit auf den Weg geben, darauf bedacht zu sein, daß die Zugeständnisse, die man den Streikenden macht, sich in den nötigen Grenzen halten.

Ich komme zum Schluß. Diese ganze unheilvolle Welle, die über Deutschland hinweggegangen ist, ist ja von Rußland herübergekommen. Ich meine, es wird später als eine besondere Schmach in der Geschichte Deutschlands erscheinen, daß Deutschland ausgerechnet sich von dem barbarischen Rußland die Methoden für seine Politik erborgt hat. Ich sage das keineswegs in einer Überschätzung des deutschen Wesens. Wir könnten Anregungen von draußen her sehr wohl gebrauchen, und ich hätte nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn die Arbeiterschaft ihre Blicke nach England und Amerika gerichtet hätte, wo ein freiheitlicherer Hauch weht und wo die Persönlichkeit des einzelnen Volksgenossen viel kräftiger und stärker entwickelt ist als bei uns. Rußland ist, wie Sie wohl zugeben werden, nicht das Land der Keinlichkeit und Sauberkeit. Soldaten, die längere

(B) Zeit in Rußland gewesen sind, mußten einer gewissen Prozedur unterworfen werden, wenn sie nach Deutschland zurückkehrten, damit Gewißheit geschaffen würde, daß sie von russischen Andenken endgültig befreit wären. Wir müssen leider sagen: auch geistige Mikroben haben sich in Rußland in den Seelen vieler Soldaten festgesetzt. Man hat versucht, sie zu entfernen, freilich in ungeeigneter Weise. Es war ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Nicht durch einen vaterländischen Unterricht ging das zu machen. Aufgabe der Zukunft aber muß es trotzdem sein, aus unserem deutschen Volke das russische Gift wieder herauszubringen. Diese Aufgabe kann — nach meiner Überzeugung wenigstens — nur eine Instanz lösen, das ist die den neuzeitlichen Verhältnissen angepasste Volksschule. Wenn es ihr gelingt, den Massen unseres Volkes eine tiefere Achtung vor den sittlichen und geistigen Werten unserer deutschen Kultur beizubringen, vor den Werten, auf denen unser gesamtes höhere Dasein beruht, dann werden Versuche einzelner Gruppen, dem Volkswillen zum Trotz ihre Wahngelüste zur Verwirklichung zu bringen, schon von selbst in sich zusammensinken, und dann wird auch eine Wiederkehr der Vorgänge nicht möglich sein, wie sie sich gegenwärtig in Leipzig abspielen.

(Bravo! bei den Demokraten.)

Vizepräsident Dr. Dietel: Das Wort hat Herr (C) Abgeordneter Schäfer.

Abgeordneter Schäfer: Meine Damen und Herren! Wenn von den Herren Interpellanten heute gegen die Regierung der Vorwurf erhoben worden ist, daß die Regierung nicht rechtzeitig eingegriffen habe, um in Leipzig Zustände zu schaffen, die man geordnet nennen kann und nennen muß, so stimmen meine politischen Freunde in diesem Vorwurfe mit den bürgerlichen Interpellanten überein.

(Abg. Müller [Zwickau]: Wie gewöhnlich!)

Auch wir hätten erwartet, daß einer Regierung, die sich noch dazu eine sozialistische nennt, die Erkenntnis eher hätte kommen müssen, daß man diesen Vorgängen, wie sie sich nicht nur seit acht Tagen in Leipzig, sondern wie sie sich nahezu seit Monaten in Deutschland im Wirtschaftsleben abgespielt haben, nicht mit einer Handbewegung beiseitelegen kann, oder daß man sie vielleicht in der Masse zur Selbsterledigung ruhig schlummern läßt. Die Regierung, die sich eine sozialistische nennt, die weiß ja aus ihren besseren Tagen, wie die Stimmung in den Kreisen der Arbeiterschaft über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ist. Deshalb wäre es nach meiner Auffassung Pflicht einer sozialistischen Regierung gewesen, rechtzeitig in Verhandlungen mit den Streikenden (D) einzutreten. Ich stimme vollkommen mit den bürgerlichen Interpellanten überein, wenn sie heute das Vorgehen der Regierung als das bezeichnen, was es eigentlich ist, nämlich, daß die Regierung auf die Bühne treten und erklären will: Was wollen Sie denn, meine Herren, wir haben schon das getan, was Sie wollen, wir haben bereits den Volksbeauftragten Schwarz nach Leipzig zu Verhandlungen geschickt! Ich meine, man hätte nicht diese Interpellation der bürgerlichen Parteien erst abwarten sollen, sondern man hätte im allgemeinen Volksinteresse und im Interesse der Arbeiterschaft im besonderen dafür Sorge tragen müssen, daß man rechtzeitig zu Verhandlungen gekommen wäre. Doch einige Ausführungen, die im Laufe der Diskussion hier trotz der Ausführungen, die mein Parteifreund Ryffel gemacht hat, immer wiederholt worden sind, veranlassen mich zu einigen Richtigstellungen.

Mein Freund Ryffel hat wiederholt in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Leipziger streikende Arbeiterschaft gar nicht daran denkt, der Bevölkerung irgendwelche Nahrungsmittel fernzuhalten. Nun sind nahezu alle Diskussionsredner immer wieder auf die Nahrungsmittelversorgung Leipzigs zu sprechen gekommen

(Zuruf: Das ist doch auch das Wichtigste!)